



## **Windkraft: Koch unterzeichnete Helmstedter Appell**

### **Landtagsabgeordnete wünscht sich politische Unterstützung in der Regionalversammlung für den Landkreis Helmstedt**

**Veronika Koch, MdL**  
Wahlkreisbüro  
Maschweg 2  
38350 Helmstedt

Tel. 0 53 51 – 42 46 19  
Fax 0 53 51 – 42 47 17

buero@veronikakoch.de  
www.veronikakoch.de

13.02.2018. Königslutter/Süplingen. Die Landtagsabgeordnete Veronika Koch (CDU) unterzeichnete den Helmstedter Appell, mit dem sich die Bürgerinitiative für den Erhalt der Kultur- und Naturlandschaft Elm-Lappwald an Politiker aus der Region Helmstedt gewandt hatte. „Ich schließe mich den inhaltlichen Aussagen der Bürgerinitiative vollumfassend an. Einen Windpark zwischen Königslutter und Süplingen auszuweisen ist für alle – Menschen, Natur und Region – nicht zumutbar. In diese gewachsene Kulturlandschaft mit viel Zukunftspotential gehört der Windpark nicht hin“, wurde die Abgeordnete deutlich.

Mit der Unterzeichnung stellt sich Veronika Koch in eine Linie mit dem Helmstedter Landrat Gerhard Radeck (CDU), der unlängst den aktuellen Plänen des Regionalverbandes Braunschweig (RGB) widersprach. „Die Beschlüsse in den politischen Gremien im Landkreis Helmstedt sprechen eine klare Sprache. Ich wünsche mir, dass die Mitglieder der Regionalversammlung dieses Votum respektieren und sich politisch nicht gegen den Landkreis Helmstedt entscheiden werden“, sagte die Politikerin.

Koch fügte an: „Grundsätzlich bin ich nicht gegen die Windkraft und den Ausbau erneuerbarer Energien. Aber dies gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen und die natürliche Landschaft über viele Jahrzehnte derart zu prägen, ist nicht, was wir alle wollen.“

**PRESEMITTEILUNG**

Besonders betroffen und verständnisvoll zeigte sich die Landtagsabgeordnete für die Bewohner des Ortes Hagenhof. „Den Auswirkungen der Windanlagen würden die Menschen in Hagenhof unmittelbar ausgesetzt sein. Das wäre ein krasser Eingriff in ihre Lebensweise und bedrückt mich. Gerade deshalb ist für mich unverständlich, warum hier zumindest nicht die gleichen Grenzabstände gelten sollen, wie bei anderen Siedlungen“, sagte Veronika Koch.